

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### *Kluft Moskau — Peking unüberbrückbar*

Zum Konflikt zwischen Moskau und Peking veröffentlicht in der Wochenendausgabe des Zürcher *Tages-Anzeiger* vom 13. 7. 1963 der Schweizer Historiker Prof. Dr. *Valentin Gitermann*, Autor der bedeutendsten zeitgenössischen „Geschichte Rußlands“ (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt) und Mitarbeiter der Propyläen-Weltgeschichte, einen Kommentar, den wir hier in seinen wichtigsten Teilen zitieren möchten:

„Überflächlichen Beobachtern mag der Streit zwischen Peking und Moskau wie eine theoretische<sup>1</sup> Auseinandersetzung über die Prinzipien der kommunistischen Strategie und Taktik vorkommen. Gestritten wird anscheinend um die künftigen Perspektiven der Weltrevolution, um ihre Ziele und ihre Methoden.

Dabei vertritt *Mao Tse-tung* etwa folgenden Standpunkt:

Das Ringen zwischen Kapitalismus und Sozialismus kann nur durch proletarische Revolutionen entschieden werden, nicht durch die von Chruschtschow postulierte friedliche Koexistenz<sup>2</sup>. Einen kampflosen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann es nicht geben. Die Auffassung, daß Revolutionen ohne Kriege verwirklicht werden können, ist falsch. Durch friedliche Koexistenz kann man bestenfalls eine ‚ruhige Umgebung‘ für jene Länder schaffen, die bereits im sozialistischen Aufbau begriffen sind; aber man kann keine dynamische Ausweitung der Weltrevolution erreichen, wenn man sich von vornherein darauf einstellt, Kriege um jeden Preis zu vermeiden.

Die verwundbarsten Stellen des heutigen kapitalistischen Imperialismus, seine ‚Achillesferse‘ sozusagen, erblicken die Chinesen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Der Kommunismus hat deshalb die weltweite Befreiung der vom westeuropäisch-amerikanischen Imperialismus ausgebeuteten Völker dieser Kontinente mit höchstem Kraftaufwand zu unterstützen.

Zu der in Rußland vorgenommenen ‚Entstalinisierung‘ haben die Chinesen eigene Vorbehalte. Für die Revolution haben alle Staaten eine ‚Diktatur des Proletariates‘ nötig, also ein Regime nach Stalins Vorbild. Wer gegen den (unter Stalin entstandenen) Personenkult<sup>3</sup> auftritt, kann nur die Absicht haben, zwischen Führung und Masse einen Keil zu treiben, also in anderen Ländern (beispielsweise im China Mao Tse-tungs) durch subversive Propaganda<sup>4</sup> die Machtstellung der Führer zu untergraben.

Das Bestreben der Sowjetunion, die Wirtschaft anderer kommunistischer Länder einer vom Kreml diktierten Zentralplanung unter-

zuordnen, wird von den Chinesen ebenfalls abgelehnt. Hierin erinnert ihre Haltung an die seinerzeitige Opposition Jugoslawiens.

Die Agitation Mao Tse-tungs gegen die Politik der ‚friedlichen Koexistenz‘, wie sie von Chruschtschow praktiziert wird, hat sehr konkrete *realpolitische Gründe*. China strebt nach einer *Vormachtstellung in Asien* und muß daher wünschen, daß die Sowjetunion, mit der es rivalisiert, von Asien ‚abgelenkt‘ werde. China muß es deshalb als vorteilhaft betrachten, wenn die Sowjetunion sich mit den Mächten des Westens in dauernde politische Konflikte verwickelt und sich auf bewaffnete Auseinandersetzungen mit der kapitalistischen Welt des Westens gefaßt macht, damit sie ihre Kräfte nicht im Fernen Osten entfalten könne. Durch ‚friedliche Koexistenz‘ mit dem Westen bekommt Chruschtschow eine Rücken-deckung in Europa und freie Hand gegenüber China.

Mehr und mehr gewinnt man den Eindruck, daß China *die Sowjetunion durch Gebietsansprüche bedroht*. Die starke Überbevölkerung Chinas erzeugt einen ‚Druck‘ gegen benachbarte Staaten. Die Eroberung Tibets und die Grenzstreitigkeiten mit Indien zeugen davon. Überdies sind in China vor nicht sehr langer Zeit eigenartige Landkarten aufgetaucht, worin die Chinesen strategisch wichtige Gebiete der Sowjetunion bereits als Grenzgebiete des chinesischen Territoriums eingetragen haben. Mit der Verbreitung ähnlicher Landkarten hat auch der chinesisch-indische Konflikt begonnen. Die Pekinger *Volkszeitung* hat schon vor Monaten daran erinnert, daß China im 19. Jahrhundert von den damaligen Kolonialmächten zu Gebietsabtretungen gezwungen worden sei. Damit waren auch die mit dem zaristischen Rußland abgeschlossenen Grenzverträge gemeint. Die vom zaristischen Rußland im 19. Jahrhundert annektierten Gebiete will China offenbar jetzt von der Sowjetunion zurückverlangen.

Die Sowjetregierung ist darüber erbittert und fühlt doch zugleich, daß sie die Forderungen der Chinesen nicht entkräften kann. Seit den Tagen Lenins hat die bolschewistische Regierung alle imperialistischen Eroberungen verurteilt. Die Sowjetunion muß nun also auch anerkennen, daß der Zarismus den Chinesen seinerzeit — als er beispielsweise chinesische Gebiete im Pamir-Gebirge oder am Zusammenfluß von Amur und Össuri annektierte — schweres Unrecht angetan hat. Vorläufig tut Chruschtschow so, als sei das Thema der Gebietsabtretungen noch gar nicht zur Diskussion gestellt worden. Er bemüht sich, zu diesem Thema so lange als möglich zu schweigen. Muß er sich aber einmal dazu äußern und lehnt er die chinesischen Forderungen ab, dann hat er, nach asiatischen Auffassungen, ‚sein Gesicht verloren‘. Das wird seinem An-

sehen in den nichtkommunistischen Staaten Asiens außerordentlich schaden, das Prestige der Chinesen dagegen bedeutend erhöhen.

Es ist möglich, daß die Chinesen eine wirkliche Abtretung der von ihnen beanspruchten Gebiete gar nicht wollen und daß sie es nur darauf abgesehen haben, Chruschtschow von seinem Piedestal herunterzuholen, seinen Anspruch auf ideologische Führung im kommunistischen Lager zu durchkreuzen und ihn als Rivalen Mao Tse-tungs auszuschalten.

Es ist klar, daß der chinesisch-russische Konflikt, hinter dessen ideologischer Fassade sich konkrete machtpolitische Auseinandersetzungen verbergen, auch *Rückwirkungen auf die europäische Politik* haben kann. Die Sowjetunion wird sich entscheiden müssen, ob sie mit China gegen Europa oder mit Europa gegen China Partei ergreifen will. Eine solche Entscheidung braucht noch nicht heute oder morgen zu erfolgen. Sie kann jahrelang auf sich warten lassen. Aber solange die Sowjetunion diese Entscheidung noch nicht getroffen hat, muß sie das noch ungelöste Problem ihres Verhältnisses zu China als schwere Belastung ihrer außenpolitischen Aktivität empfinden.“

#### *Politische Sitten, die uns nicht gefallen*

Unter diesem Titel macht *Adolph Kummermiss* im Leitartikel des *ÖTV-Magazin* (Juli 1963) die folgenden treffenden Bemerkungen:

„Wenn man eine längere Auslandsreise gemacht hat, freut man sich auf die Heimkehr. Reist man mit dem Flugzeug, so wird einem darin noch in der Fremde als Willkommensgruß eine Zeitung des Heimatlandes in die Hand gedrückt. Es kann einem die Freude an der Heimkehr vergehen, wenn man darin die dumpfe politische Luft erkennt, die seit einiger Zeit für die Bundesrepublik kennzeichnend ist. Man wundert sich darüber, was alles geschehen kann, ohne daß es deshalb zu Reaktionen kommt. Der Konformismus in der Bundesrepublik ist von einer bemerkenswerten Brillanz. Und wer da nicht mittut, ist sofort verschrien als heimatloser Linksintellektueller. Man bemüht sich, dem Menschen die Lust zu nehmen, eigene Gedanken zu haben. Es ist schon eine Sünde, andere Vorstellungen zu haben als jene, die sich des Besitzes der Macht erfreuen.

Es ist uns Deutschen leider nicht gegeben, unbefangene Vergleiche anzustellen. Die meisten Deutschen sind überzeugt, daß bei uns alles bestens sei. Es sind wenige, die darauf gekommen sind, daß die Ereignisse um den britischen Heeresminister *Profumo* eine Parallele bei uns in der Bundesrepublik hatten, die zwar schon einige Zeit zurückliegt. Der britische Minister hatte das Parlament belogen, und jener deutsche Minister, der sich

in der Spiegelaffäre so exaltiert exponiert hat, hatte den Bundestag angeschwindelt. Der britische Minister mußte gehen und sein Abgeordnetenmandat niederlegen, der deutsche Minister ging erst, nachdem der Skandal so zum Himmel stank, daß das Kabinett seinen Halt verlor und zurücktrat. Aber Herr *Strauß* verlor deswegen sein Bundestagsmandat nicht. Er tritt vielmehr im In- und Ausland weiter wacker als politische Spitzenfigur der Bundesrepublik auf.

Wie oft sagt man, die deutsche Demokratie sei sehr jung, und man müsse etwas Nachsicht üben, die britische Demokratie aber sei in Jahrhunderten gewachsen, geformt und stark geworden. Hier seien andere Maßstäbe anzulegen. Sicher muß man die Unterschiede sehen. Das kann aber nicht bedeuten, daß man in einer jungen Demokratie, die noch von grauenhaften Geschehnissen kurz vor ihrem Entstehen belastet ist, nachlässig sein dürfte. Im Gegenteil! Es muß der allerstrengste Maßstab angelegt werden. Aber dazu ist man leider nicht bereit. Nur gegenüber der Opposition ist man streng. Da kennt man nicht die geringste Rücksichtnahme. Sich selbst gegenüber ist man unverantwortlich großzügig. Es spricht daraus ein Hochmut, der einer demokratischen Entwicklung nicht dienlich sein kann, hilft er doch nur politischen Karriere machern weiter, deren einziges Motiv des Handelns die Erhaltung bzw. der Ausbau ihrer Macht ist.

Daß bei uns ein Minister, der das Parlament anlog, dafür noch mit höchsten Ehren verabschiedet wird (Großer Zapfenstreich), daß er Aufträge bekommt und im Ausland Zensuren über jene austeilt, die er nicht leiden mag (Der Spiegel ist seiner Meinung nach eine Art Gestapo), ist doch zumindest sehr merkwürdig und schafft vor allen Dingen kein Vertrauen bei denen, denen man sich ununterbrochen als guter Demokrat anbietet.

Wir sollten die Demokratie hüten wie einen Augapfel. Es ist für die Erstarkung der Demokratie und für ihre Festigung unbedingt nötig, daß Persönlichkeiten in der Versenkung verschwinden, ein für allemal, die dem Ansehen des Landes schädlich sind.

Wir haben dafür zu sorgen, daß über die Ereignisse, die alle anständigen Bürger bedrücken, kein Gras wächst. Alle jene deutschen Nonkonformisten, die den Mut haben, auf das Unzulängliche und Peinliche der Handlungsweise eines Ministers oder anderen Politikern ähnlicher Wesensart hinzuweisen, verdienen unseren Dank und unsere Achtung. Die Idiotenthese vom ‚Eigenen-Nest-Beschmutzen‘ ist immer nur eine bequeme und sehr schlechte Ausrede jener, die alten Zeiten nachtrauern und uns alle für dumm verkaufen möchten.

Wir verlieren den Mut nicht, aber wir wissen genau, daß äußerste Strenge nötig ist, damit sich die Dinge endlich ändern. So geht es nicht weiter! Für eine Änderung brauchen wir aber das ungeteilte politische Interesse des gesamten Volkes. Die Gewerkschaften sind eine starke Kraft auf dem politischen Feld. Es ist mit ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß freiheitlicher Geist nicht zur Farce wird, sondern stets das wahre Element unseres politischen Lebens bleibt. Nur dann kann für die Wohlfahrt des ganzen Volkes gearbeitet werden, zu der die Gewerkschaften einen beträchtlichen Teil beigetragen haben und weiter beitragen werden.

Konformisten sind meist nur geistige Faulpelze, die ihre Bequemlichkeit über ihre Pflicht stellen. Es ist höchste Zeit, daß sie erfahren, daß in unserem Volke ein politischer Geist lebendig wird, dem der Fortschritt mehr bedeutet als das persönliche Wohlergehen und die Erhaltung eines fragwürdigen Besitzstandes an Macht. Sorgen wir alle dafür, daß ein gerader, anständiger politischer Geist sich gegenüber diesen Leuten durchsetzt.“

### *Eines Regierungschefs unwürdig !*

Vor dem Handwerkstag in Hamburg hat Bundeswirtschaftsminister *Erhard* laut dpa-Meldung vom 3. 7. 1963 gesagt: „Wenn ich an so mancher Baustelle zuschaue, mit wieviel Phantasie versucht wird, sich vor der Arbeit zu drücken, dann muß ich sagen, es wäre weniger nervenaufreibend, während dieser Zeit zu arbeiten.“ Auf diese neuerliche Attacke *Erhards* gegen die Arbeiterschaft hat die Zeitung der IG Bau, Steine, Erden, *Der Grundstein*, in Nr. 13 vom 7. 7. 1963 mit begrüßenswerter Deutlichkeit geantwortet:

„Wir sind von Bundeswirtschaftsminister *Erhard* vieles an Maßlosigkeit gewöhnt, aber diese Äußerung Professor *Erhards* auf dem Deutschen Handwerkstag in Hamburg — mit der er die Bauarbeiter als *Drückeberger* beschimpfte — ist der Gipfel.

Wir fragen *Erhard*, wer hat die Millionen Wohnungen, die seit Bestehen der Bundesrepublik fertiggestellt wurden, gebaut? Ist diese enorme Aufbauleistung, die absolut einmalig ist, etwa das Werk von *Drückebergern*? Weiß er, wieviel Tausende von Bauarbeitern diese Aufbauleistung mit ihrer Gesundheit und mit ihrem Leben bezahlt haben? Noch wenige Tage, bevor *Erhard* die deutschen Bauarbeiter beschimpfte, erklärte sein Ministerkollege, Bundeswohnungsbauminister *Lücke*, auf unserem Gewerkschaftstag in Berlin, es sei ihm ein besonderes Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit den deutschen Bauarbeitern namens der Bundesregierung seinen aufrichtigen Dank für die hervorragende Mitarbeit zu sagen. Gelegentlich sei leichtfertig von

einem deutschen *Aufbauwunder* gesprochen worden, ohne zu bedenken, fügte Minister *Lücke* hinzu, „daß es kein *Wunder* war, sondern ohne den Einsatz aller, vor allem der Männer am Bau, nicht hätte vollbracht werden können.“

Während so der für den Wohnungsbau in der Bundesrepublik zuständige Minister die Aufbauleistungen der deutschen Bauarbeiter würdigt, versucht *Erhard* sie als *Drückeberger* abzustempeln. Ein Minister, der sich so hemmungslos zeigt, richtet sich selbst.“

Nicht minder scharf und deutlich erklärt die *Welt der Arbeit*, die Wochenzeitung des DGB, an der Spitze ihrer Nr. 28 vom 12. 7. 1963 zu *Erhards* skandalösen Beschimpfungen der Arbeiterschaft:

„Das ist das Vokabular unseres Regierungschefs in spe. Ein feiner Stil, der da praktiziert wird — Sein Verhalten gegenüber den Bauarbeitern ist unfair, wahrheitswidrig und eines künftigen Regierungschefs unwürdig.“

Es paßt in das Bild *Erhards*, daß er wenige Tage nach seiner Hamburger Rede wieder „gegen das Phänomen des Krankfeierns und Sich-Drückens“ und gleichzeitig gegen Planungsarbeiten innerhalb der Sechsergemeinschaft zu Felde zog — und daß er sich als Schauplatz seiner angeblich letzten Rede bis zur Kanzlerwahl den Parteitag der CSU des *Franz Josef Strauß* gewählt hat. Wir zitieren dazu den Kommentar des *Kölner Stadt-Anzeiger* (Nr. 154, 8.7. 1963):

„*Ludwig Erhard*, Kanzler in spe, hat angekündigt, er werde von jetzt an bis zur Kanzlerwahl nicht mehr öffentlich reden. Ein weiser Entschluß. Wer schweigt, wirkt wie ein Staatsmann. Wer redet, kann wie ein Staatsmann wirken, er muß aber nicht.

Er hat am Sonntag geredet. Ausgerechnet dort, in München, wo eben *Franz Josef Strauß* sein Comeback erboxte. Der kommende Kanzler stützt also jetzt schon den Mann, der dem Parlament und damit auch dem Vizekanzler Märchen erzählte. Wie tief eigentlich sitzt *Erhards* Bewunderung für England, wo ein Politiker für immer erledigt ist, der das Parlament belügt, wenn er *Strauß* für tragbar hält? Wird das der neue, von *Mende* erfundene Stil werden, daß man einen nichts bereuenden Sünder für besser hält als zehn Gerechte? *Erhard* hat offensichtlich einen Tag zu spät aufgehört zu reden.

Das sieht man auch daran: Sein Europakonzept scheint noch immer nebulös zu sein. Zwar trat *Erhard* wie immer für eine vergrößerte Sechsergemeinschaft ein, also für Anschluß Englands an die EWG, aber er kritisierte die von Frankreich geförderten Vorhaben der ‚planifikation‘, also der überstaatlichen Planung.

Es wird Zeit, daß *Erhard* seine freiwillige

Redepause benutzt, um über Europa nachzudenken. Einmal: Wenn er gegen jede Planung ist, so widerlegt er sich selbst durch seine Bauernpolitik. Subventionen sind staatliche Planung. Zum anderen: Wenn Europa mehr sein soll als Festredenphrase, wenn die komplizierten Wirtschaftsprobleme gelöst werden sollen, wird Erhard seinen freihändlerischen Widerwillen gegen begrenzte Planung aufgeben müssen.

Man sieht also, daß Erhard wirklich einmal Pause machen muß. Jeder Mensch sollte von Zeit zu Zeit seine alten Ansichten ent-

rümpeln, und erst recht ein kommender Kanzler. In München, in enger Tuchfühlung mit dem früheren Verteidigungsminister, hätte Erhard ein altes Soldatenlied abwandeln können: ‚Heute noch auf stolzen Rossen, morgen schon von Strauß erschossen.‘ Er sollte auch darüber nachdenken.“

Wir fürchten allerdings, daß auch diese „freiwillige Redepause“ an der arbeiterfeindlichen Starrköpfigkeit und politischen Instinktilosigkeit Erhards nichts ändern wird. Noch wäre es Zeit, der Bundesrepublik und Europa diesen Bundeskanzler zu ersparen ... W. F.